

700-mal Nein gegen Müllverbrennung

Anwohner aus Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt protestieren mit einem Sternmarsch

Von Jörg Reuter

Maltitz. Sachsen, Thüringer und Sachsen-Anhaltiner zeigten vorgestern gemeinsam ihre Entschlossenheit, die geplante Müllverbrennungsanlage im Dreiländereck bei Maltitz zu verhindern. Bürgerinitiativen und Stadtverwaltungen der umliegenden Orte hatten zu einem Proteststernmarsch aufgerufen. Ziel war der Dreiherrenstein bei Maltitz, in dessen unmittelbarer Nähe der umstrittene Betrieb gebaut werden soll.

Gegen 14 Uhr marschierte ein Teil der Demonstranten vom Treffpunkt Denkmal Langendorf, der andere vom Aussichtspunkt Tagebau Groitzscher Dreieck in Richtung ehemaliges Glaswerk Maltitz, dem avisierten Standort der Müllverbrennungsanlage. Rund 700 Menschen kamen schließlich zusammen und untermauerten ihr klares Nein zu den Plänen. Darunter waren auch die Luckaer und die Meuselwitzer Bürgermeisterinnen Kathrin Backmann und Barbara Golder sowie Bürgermeister Maik Kunze aus Groitzsch und Ortsbürgermeister Eckhard Fenn aus Langendorf.

Auf der abschließenden Kundgebung wurden noch einmal die Argumente gegen die geplante thermische Abfallbeseitigungsanlage vorgetragen. Die Redner verwiesen auf Zahlen und Fakten, die gegen eine solche Anlage sprächen. So wurde angeführt, dass nur die Erwartung auf eine hohe Umsatzrendite den Investor antreibe. Andreas Müller aus Gatzien rechnete daraufhin vor, weder in Sachsen-Anhalt noch in den angrenzenden Ländern werde eine weitere Müllverbrennungsanlage benötigt. "Die derzeit existierenden sind von ihrer Kapazität her nicht ausgelastet", sagte Müller. Es laufe demnach auf Müllimporte aus ganz Europa hinaus, so die Sorge aller Anwesenden.

Einen weiteren Aspekt lieferte die Luckaer Bürgermeisterin Backmann, die wie ihre Amtskollegen das Wort ergriff. Sie und ihre Gemeinde wollten nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden, denn nach dem Flurneuordnungsverfahren im nächsten Jahr gehöre die Gemarkung, auf der die Anlage errichtet werden soll, zu Lucka, so ihr Appell an die Gemeinderäte in Elsteraue. Die haben im Moment die Planungshoheit für das noch in Sachsen-Anhalt liegende Areal.

In diesem Zusammenhang wurde vor allem der Bürgermeister der Gemeinde Elsteraue, Manfred Meißner, ebenso vor Ort, unter Druck gesetzt. Zur Überraschung vieler Anwesender ergriff er das Wort und versicherte, seine Hand nicht für den strittigen Bebauungsplan zu heben. "Das ist eine 180-Grad-Wendung", kommentierten die Luckaer Stadträte Lars Quellmalz und Mathias Müller die Äußerungen. Bis dato hätte Meißner stets anders argumentiert, versicherten die Männer, die in der letzten Zeit regelmäßig Gäste bei den Gemeinderatsitzungen in Elsteraue waren. Nun seien sie guter Dinge, dass das Vorhaben politisch gestoppt werde.

Dem widersprach auch Meißner gegenüber der LVZ nicht. "Der Gemeinderat wird einem Aufstellungsbeschluss für den B-Plan nicht zustimmen, das kann ich heute schon sagen", erklärte der Ortschef. Sowohl die vorgestrige Veranstaltung als auch die Bürgerversammlung mit etwa 300 Teilnehmern im Juli hätten ihre Wirkung bei ihm nicht verfehlt. Dennoch rechtfertigte er seinen bisherigen Standpunkt: "Ich kann doch nicht pauschal nein sagen, wenn ein Investor mit einem Projekt zu mir kommt." Außerdem sei seine Gemeinde nicht die letztentscheidende Instanz, vielmehr sei dies das Landesverwaltungsamt in Halle.

Demonstranten und Redner teilten diese Interpretation jedoch nicht. Die Gemeinderäte samt Bürgermeister könnten mit einem entsprechenden Beschluss den Bau der Müllverbrennungsanlage verhindern. Stellvertretend für alle Demonstranten sagte Mathias Müller: "Wir werden denen gehörig Angst machen und mit 200 Leuten zur Gemeinderatssitzung kommen."